

Krofauner Zeitung.

Nr. 245.

Donnerstag den 26. October

1865.

Die „Krofauner Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Vierteljähriger Abonnements-Preis für Krofa 3 fl., mit Versendung 4 fl., für einzelne Monate 1 fl., resp. 1 fl. 35 Mr., einzelne Nummern 5 Mr. Redaction, Administration und Expedition: Grod-Gasse Nr. 107.

IX. Jahrgang.

Gebühr für Infektionen im Anzeigblatt für die vierseitige Petizie 5 Mr., im Anzeigblatt für die erste Einrichtung 5 Mr., für jede weitere 3 Mr. Stempelgebühr für jede Einschaltung 30 Mr. — Inserat-Bestellungen und Gelder übernimmt Carl Budweiser. — Zusendungen werden franco erbeten.

Amtlicher Theil.

Se. f. f. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchstem Gesetzesbeschreiben vom 16. October d. J. dem f. f. Feldmarschall-Staatssekretär und kommandirenden General in Dalmatien Franz Freiherrn Philippovich von Philippovsberg die Würde eines geheimen Räths mit Ratschicht der Taren allerandigt zu verleihen geruht.

Se. f. f. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster unterzeichnetem Diplome den Consul in Konstantinopel Franz de Paula Soretic als Ritter des Ordens der eisernen Krone dritter Classe den Ordensstatuten gemäß in den Ritterstand des österreichischen Kaiserstaates allergnädigt zu erheben geruht.

Se. f. f. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 22. October d. J. den Ladislaus Freiherrn v. Majthay in den Rittern zum Obergespan des Bacher Comitatus allergnädigt zu ernennen geruht.

Se. f. f. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 15. October d. J. dem Betriebschef der nördlichen Staatsbahn Carl Stempf tarfrei den Titel eines kaiserlichen Räths allergnädigt zu verleihen geruht.

Se. f. f. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 8. October d. J. dem Rechnungsführer erster Classe Thomas Petrović, des Peterwariner Gränzinfanterie-Regiments Nr. 9, in Anerkennung seiner langjährigen und eifrischen Dienstleistung das goldene Verdienstkreuz allergnädigt zu verleihen geruht.

Se. f. f. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 16. October d. J. dem Postenführer Joseph Brzada, des 2. Gendarmerieregiments, in Anerkennung der mir eigener Lebensgefahr bewirkten Rettung eines Menschen vom Tode, das silberne Verdienstkreuz allergnädigt zu verleihen geruht.

Se. f. f. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 17. October d. J. dem Corporal Andreac Madsch, des Infanterieregiments Epolto I. König der Belgier Nr. 27, für die mit eigener Lebensgefahr bewirkte Rettung eines Soldaten vom Tode des Erbprinzen das silberne Verdienstkreuz allergnädigt zu verleihen geruht.

Se. f. f. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 16. October d. J. dem Rechnungsführer ersten Classe Joseph Schonkola, vom Stande der Genieakademie, in Anerkennung seiner mehr als fünfzigjährigen belobten Dienstleistung das silberne Verdienstkreuz allergnädigt zu verleihen geruht.

Se. f. f. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 19. October d. J. dem in den bleibenden Ruhen verliehenen f. f. Regierungsrath und Vicedirector der Wiener Polizeidirection Joseph Freiherrn Debo für seine langjährigen Dienste die Allerhöchste Zufriedenheit zu erkennen zu geben geruht.

Se. f. f. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 13. October d. J. allergnädigt zu ordnen geruht, daß der unangestellte Oberst Alexander Nádasdy v. Nádas auf seine Bitte von der Verwendung als Leiter der f. f. Hof-Stadtreitschule entbunden, in den Ruhestand übernommen und ihm biebe für den in dieser Dienstleistung bewiesenen eifrischen Eifer der Ausdruck der Allerhöchsten Zufriedenheit bekannt gegeben werde.

Stand
der im Umlauf befindlichen Münzscheine.
Der Gesamtbetrag der zu Ende September 1865 im Umlauf befindlichen Münzscheine bestand in 2,516.920 fl.
Wien, den 23. October 1865.
Vom f. f. Finanzministerium.

trifft. Es handelt sich nun aber darum, ob die Krone die Anträge des ungarischen Landtages „discutirbar“ findet oder nicht. Ist dies nicht der Fall, so weiset die Krone ohnehin einfach an den ungarischen Landtag zurück; im entgegengesetzten Falle aber gelangen nach dem Wanderer-Artikel die ungarischen Anträge nicht als Beschlüsse des ungarischen Landtages, sondern

als Vorlagen der Regierung, über welche dann die diesseitigen Vertreter zu berathen und zu beschließen hätten. Findet die Krone die Vorschläge der westlichen Vertreter, insfern dieselben von den Beschlüssen des ungarischen Landtages abweichen, annehmbar, so

gelangen sie nicht als Beschlüsse einer anderen parlamentarischen Körperschaft, sondern

als Beschlüsse des ungarischen Landtages, sondern

Beschreibungen zu machen. Ich ersuche Sie im Einvernehmen mit Ihrem österreichischen Collegen dem älteren Bürgermeister keinen Zweifel zu lassen, daß wir uns in dieser Hinsicht in vollständigem Einvernehmen mit der österreichischen Regierung befinden. Ich hoffe zuversichtlich, daß man von Seiten Frankfurts beide deutsche Großmächte nicht in die Lage bringen wird, durch eigenes Eingreifen weiteren Folgen einer unzulässigen Nachsicht vorzubeugen. Ich ermächtige Sie, den gegenwärtigen Erlass dem ältesten Bürgermeister vorzulegen und ihm auf seinem Wunsch Abschrift davon zu lassen. Unterzeichnet: der Minister des Außenwesens, im Auftrage: Thile.

Die identische Antwort, mit welcher die Frankfurter Regierung die österreichischen und preußischen Eröffnungen einfach abzulehnen sich veranlaßt fand, ist in ihrem Ausdruck ziemlich kurz angebunden. Der Frankfurter Senat betont das Verhältniß, in welchem die einzelnen Bundesstaaten innerhalb des Bundes zu einander stehen, daß die freie Stadt Frankfurt dieselbe Stellung einnehme, wie die anderen Bundesstaaten zu den Gegnern der Großmächte zählen. Interessant ist es heute zu erfahren, daß die Notiz der Bair. Blz., welche offiziell den eigenen Artikel über den Abgeordnetentag desavouirt — es geschah dies am 16. d. — bereits im Hinblick auf die Drohnoten geschrieben wurde.

Nach der „A. A. B.“ ist auch die bayerische Regierung nicht einverstanden mit den Drohnoten der deutschen Großmächte an den Frankfurter Senat. Wenn die Angelegenheit vor den Bund kommt, werde Bayern zu den Gegnern der Großmächte zählen. Interessant ist es heute zu erfahren, daß die Notiz der Bair. Blz., welche offiziell den eigenen Artikel über den Abgeordnetentag desavouirt — es geschah dies am 16. d. — bereits im Hinblick auf die Drohnoten geschrieben wurde.

Die „Hamb. Nachr.“ bezeichnet in einer Altonaer Correspondenz die Behauptung der „Kiel. Blz.“, daß die Einberufung der schwedisch-holsteinischen Stände bevorstehe, als unbegründet. Nun mag wohl die „Kiel. Blz.“ ihre Nachricht zu positiv fassen, ganz unbegründet ist aber dieselbe keineswegs. Jedenfalls ist das Argument, worauf sich die „Hamb. Nachr.“ für ihr Dementi berufen, daß eine solche Einberufung während der Dauer des Provisoriums durchaus unmöglich sei, nicht stichhaltig. Der Beschluß der Condomini, die Stände einzuberufen, ward während des Provisoriums, ja mit Rücksicht auf dasselbe gefaßt, durch die Gasteiner Vereinbarung über die Trennung der Verwaltung ist aber die Zusammengehörigkeit der Herzogthümer nicht alterirt worden, was ausdrücklich bezeugt. Ferner wird als unzulässig bezeichnet, daß der Frankfurter Senat eine förmliche Depesche der „Schl. B.“ perhorreirt die sehr ablehnende Antwort des Frankfurter Senats, weil dieselbe mit der nach Berlin gerichteten Antwort identisch sei, während die Gründung Österreichs an Frankfurt mit derjenigen Preußens nicht identisch war. Österreich hatte in seiner Note weder von „Duldung“ noch von einem „Eingreifen“ etwas erwähnt, während sich die Frankfurter Antwort fälschlich auf diese Weise bezieht. Ferner wird als unzulässig bezeichnet, daß der Frankfurter Senat eine förmliche Note an den Verteilern in Frankfurt erging, welche er dem Bürgermeister in Frankfurt vorzulesen hatte. Der Frankfurter Senat hätte also in derselben Weise vorgehen, nämlich an seinen Vertreter in Wien eine Depesche einzenden sollen, welche dieser dem österreichischen Minister des Auswärtigen vorzuzeigen hatte.

Über die der Absendung der erwähnten Antwort vorangegangenen Verhandlungen schreibt ein Frankfurter Corr. der „Presse“: Die Discussion über die Art, wie die österreichisch-preußischen Gründungen zu beantworten seien, welche allerdings unter der Präsentation der öffentlichen Meinung stattfand, war eine sehr lebhafte. Es machten sich vier Anschaunungen geltend. Nach der ersten weitestgehenden sollte der Schriftsteller beiden deutschen Großmächte gar keine Beantwortung erfahren und der Übergang zur Tagesordnung beschlossen werden, das weitere Vorgehen der Mächte aber ruhig abgewartet werden. Nach der zweiten Anschaunung sollte sich die Frankfurter Regierung für incompetent erklären und die ganze Angelegenheit an den Bund verwiesen werden. Nach der dritten Anschaunung, welche wohl als die gemäßigteste zu betrachten gewesen wäre, sollte jeder Regierung eine separate Antwort zugesendet werden, zwar ablehnend, jedoch dem verschiedenen Charakter der Gründungen entsprechend. Nach der vierten Anschaunung endlich, welche auch die Majorität erlangte, sollte an beide Mächte eine identische Note gerichtet werden. Österreich entsprach allerdings inforesiden den Bestimmungen des Bundesrats mehr als Preußen, indem es in der Absicht, die Angelegenheit vor dem Bund zu bringen, sich vorerst mit einer Mahnung an unsere Regierung wendete.

Zu der Nachricht, daß der Frankfurter Senat in der Notenfrage sich an den Bund nicht wenden werde, macht die „N. Pr. B.“ die Bemerkung: „Vielleicht wird die Sache nun aber von anderer Seite an den Bund gebracht werden.“ Wie die „Debatte“ wissen will, soll schon in der heutigen Bundestagsitzung (der ersten nach der Vertagung) ein bezüglicher gemeinsamer Vertrag der beiden deutschen Großmächte eingezogen werden.

Wie ein Berliner Corr. der „Presse“ als verbürgt meldet, ist die Initiative zu den preußisch-österreichischen Drohnoten von der preußischen Regierung ergriffen worden. Das Wiener Cabinet lehnte anfangs die Concurrenz ab. Herr v. Bismarck ließ den Gegenstand fallen, nahm ihn jedoch nach der Versammlung des Abgeordnetentages wieder auf, weil die Resolution über die Gasteiner Convention eine besondere Handhabung zur Einschreitung bot. Ein preußischer Depeschen-Entwurf für identische Noten soll und Thätigkeit in der Verfolgung einer auswärtigen

Nichtamtlicher Theil.

Krofa, 26. October.

* Einer der jüngsten Sonntags-Artikel des „Pesti Naplo“ hat bekanntlich eine ziemlich heftige Polemik darüber veranlaßt, welcher Anteil einer jeden der beiden Reichshälften bei Feststellung der Natur sowie der Behandlungweise der gemeinsamen Angelegenheiten zustehe. Dieser Artikel dürfte in den liberalen Kreisen dieses der Leitha, deren ernstes Streben, was wir auch in Ungarn zu erwarten berechtigt sind, dahin geht, das Einigung- und Verständigungswerk glücklich und befriedigend auszuführen, einen bösen Eindruck hinterlassen haben. Wir geben, wie der Verfasser des Naplo-Artikels will, gerne zu, daß in diesem Artikel jene Consequenzen, die er dictirt, nicht hineingelegt werden wollten und darum nehmen wir im Interesse des staatsrechtlichen Ausgleichs auch mit voller Bereitwilligkeit und Befriedigung die direkte Berichtigung des Naplo-Artikels in der Sonntagsnummer des „Wanderer“ an, worin unter der Überschrift: „Ein Vorschlag zur Verständigung“ zugestanden wird, daß die westlichen Theile der Monarchie das volle Recht haben, bei dem Ausgleichsprozesse das Wort zu führen, mitzureden oder mitzuhandeln. Wie nun die Dinge stehen, hat gegenwärtig der ungarische Landtag als der Eine Theil der Legislative in Ungarn zu sprechen. Hat dieser Eine Theil gesprochen, dann gelangt die Krone zum Worte und ihr steht das Recht der Entscheidung zu. Allein nachdem der ungarische Landtag, wie der Verfasser im „Wanderer“ zeigte, die Phrasen im gebildeten Theile der Bevölkerung immer weniger Anklang findet. Aber die Nachsicht des Senats ist darum nicht minder tatsächlich, welche sich durch Weitheit vor allen übrigen hervorhebt. Der Verlauf des Abgeordnetentages zeigt, daß die Phrasen im gebildeten Theile der Bevölkerung immer weniger Anklang findet. Aber die Nachsicht des Senats ist darum nicht minder tatsächlich, welche sich vor Fassung eines Entschlusses bedienen soll, kann er es auch nicht ein, daß die Wiederholung eines solchen öffentlichen Avergnisses selbst in Gestalt resultalofer Beliebtheiten nicht gestattet werden kann. Der Vertreter Österreichs offen erklärt, der Krone nicht vorzuschreiben kann, welcher Rathgeber sie sich vor Fassung eines Entschlusses bedienen soll, kann er es auch nicht ein, daß die Wiederholung eines solchen öffentlichen Avergnisses selbst in Gestalt resultalofer Beliebtheiten nicht gestattet werden kann. Der Vertreter Österreichs offen erklärt, der Krone nicht vorzuschreiben kann, welcher Rathgeber sie sich vor Fassung eines Entschlusses bedienen soll, kann er es auch nicht ein, daß die Wiederholung eines solchen öffentlichen Avergnisses selbst in Gestalt resultalofer Beliebtheiten nicht gestattet werden kann. Der Vertreter Österreichs offen erklärt, der Krone nicht vorzuschreiben kann, welcher Rathgeber sie sich vor Fassung eines Entschlusses bedienen soll, kann er es auch nicht ein, daß die Wiederholung eines solchen öffentlichen Avergnisses selbst in Gestalt resultalofer Beliebtheiten nicht gestattet werden kann. Der Vertreter Österreichs offen erklärt, der Krone nicht vorzuschreiben kann, welcher Rathgeber sie sich vor Fassung eines Entschlusses bedienen soll, kann er es auch nicht ein, daß die Wiederholung eines solchen öffentlichen Avergnisses selbst in Gestalt resultalofer Beliebtheiten nicht gestattet werden kann. Der Vertreter Österreichs offen erklärt, der Krone nicht vorzuschreiben kann, welcher Rathgeber sie sich vor Fassung eines Entschlusses bedienen soll, kann er es auch nicht ein, daß die Wiederholung eines solchen öffentlichen Avergnisses selbst in Gestalt resultalofer Beliebtheiten nicht gestattet werden kann. Der Vertreter Österreichs offen erklärt, der Krone nicht vorzuschreiben kann, welcher Rathgeber sie sich vor Fassung eines Entschlusses bedienen soll, kann er es auch nicht ein, daß die Wiederholung eines solchen öffentlichen Avergnisses selbst in Gestalt resultalofer Beliebtheiten nicht gestattet werden kann. Der Vertreter Österreichs offen erklärt, der Krone nicht vorzuschreiben kann, welcher Rathgeber sie sich vor Fassung eines Entschlusses bedienen soll, kann er es auch nicht ein, daß die Wiederholung eines solchen öffentlichen Avergnisses selbst in Gestalt resultalofer Beliebtheiten nicht gestattet werden kann. Der Vertreter Österreichs offen erklärt, der Krone nicht vorzuschreiben kann, welcher Rathgeber sie sich vor Fassung eines Entschlusses bedienen soll, kann er es auch nicht ein, daß die Wiederholung eines solchen öffentlichen Avergnisses selbst in Gestalt resultalofer Beliebtheiten nicht gestattet werden kann. Der Vertreter Österreichs offen erklärt, der Krone nicht vorzuschreiben kann, welcher Rathgeber sie sich vor Fassung eines Entschlusses bedienen soll, kann er es auch nicht ein, daß die Wiederholung eines solchen öffentlichen Avergnisses selbst in Gestalt resultalofer Beliebtheiten nicht gestattet werden kann. Der Vertreter Österreichs offen erklärt, der Krone nicht vorzuschreiben kann, welcher Rathgeber sie sich vor Fassung eines Entschlusses bedienen soll, kann er es auch nicht ein, daß die Wiederholung eines solchen öffentlichen Avergnisses selbst in Gestalt resultalofer Beliebtheiten nicht gestattet werden kann. Der Vertreter Österreichs offen erklärt, der Krone nicht vorzuschreiben kann, welcher Rathgeber sie sich vor Fassung eines Entschlusses bedienen soll, kann er es auch nicht ein, daß die Wiederholung eines solchen öffentlichen Avergnisses selbst in Gestalt resultalofer Beliebtheiten nicht gestattet werden kann. Der Vertreter Österreichs offen erklärt, der Krone nicht vorzuschreiben kann, welcher Rathgeber sie sich vor Fassung eines Entschlusses bedienen soll, kann er es auch nicht ein, daß die Wiederholung eines solchen öffentlichen Avergnisses selbst in Gestalt resultalofer Beliebtheiten nicht gestattet werden kann. Der Vertreter Österreichs offen erklärt, der Krone nicht vorzuschreiben kann, welcher Rathgeber sie sich vor Fassung eines Entschlusses bedienen soll, kann er es auch nicht ein, daß die Wiederholung eines solchen öffentlichen Avergnisses selbst in Gestalt resultalofer Beliebtheiten nicht gestattet werden kann. Der Vertreter Österreichs offen erklärt, der Krone nicht vorzuschreiben kann, welcher Rathgeber sie sich vor Fassung eines Entschlusses bedienen soll, kann er es auch nicht ein, daß die Wiederholung eines solchen öffentlichen Avergnisses selbst in Gestalt resultalofer Beliebtheiten nicht gestattet werden kann. Der Vertreter Österreichs offen erklärt, der Krone nicht vorzuschreiben kann, welcher Rathgeber sie sich vor Fassung eines Entschlusses bedienen soll, kann er es auch nicht ein, daß die Wiederholung eines solchen öffentlichen Avergnisses selbst in Gestalt resultalofer Beliebtheiten nicht gestattet werden kann. Der Vertreter Österreichs offen erklärt, der Krone nicht vorzuschreiben kann, welcher Rathgeber sie sich vor Fassung eines Entschlusses bedienen soll, kann er es auch nicht ein, daß die Wiederholung eines solchen öffentlichen Avergnisses selbst in Gestalt resultalofer Beliebtheiten nicht gestattet werden kann. Der Vertreter Österreichs offen erklärt, der Krone nicht vorzuschreiben kann, welcher Rathgeber sie sich vor Fassung eines Entschlusses bedienen soll, kann er es auch nicht ein, daß die Wiederholung eines solchen öffentlichen Avergnisses selbst in Gestalt resultalofer Beliebtheiten nicht gestattet werden kann. Der Vertreter Österreichs offen erklärt, der Krone nicht vorzuschreiben kann, welcher Rathgeber sie sich vor Fassung eines Entschlusses bedienen soll, kann er es auch nicht ein, daß die Wiederholung eines solchen öffentlichen Avergnisses selbst in Gestalt resultalofer Beliebtheiten nicht gestattet werden kann. Der Vertreter Österreichs offen erklärt, der Krone nicht vorzuschreiben kann, welcher Rathgeber sie sich vor Fassung eines Entschlusses bedienen soll, kann er es auch nicht ein, daß die Wiederholung eines solchen öffentlichen Avergnisses selbst in Gestalt resultalofer Beliebtheiten nicht gestattet werden kann. Der Vertreter Österreichs offen erklärt, der Krone nicht vorzuschreiben kann, welcher Rathgeber sie sich vor Fassung eines Entschlusses bedienen soll, kann er es auch nicht ein, daß die Wiederholung eines solchen öffentlichen Avergnisses selbst in Gestalt resultalofer Beliebtheiten nicht gestattet werden kann. Der Vertreter Österreichs offen erklärt, der Krone nicht vorzuschreiben kann, welcher Rathgeber sie sich vor Fassung eines Entschlusses bedienen soll, kann er es auch nicht ein, daß die Wiederholung eines solchen öffentlichen Avergnisses selbst in Gestalt resultalofer Beliebtheiten nicht gestattet werden kann. Der Vertreter Österreichs offen erklärt, der Krone nicht vorzuschreiben kann, welcher Rathgeber sie sich vor Fassung eines Entschlusses bedienen soll, kann er es auch nicht ein, daß die Wiederholung eines solchen öffentlichen Avergnisses selbst in Gestalt resultalofer Beliebtheiten nicht gestattet werden kann. Der Vertreter Österreichs offen erklärt, der Krone nicht vorzuschreiben kann, welcher Rathgeber sie sich vor Fassung eines Entschlusses bedienen soll, kann er es auch nicht ein, daß die Wiederholung eines solchen öffentlichen Avergnisses selbst in Gestalt resultalofer Beliebtheiten nicht gestattet werden kann. Der Vertreter Österreichs offen erklärt, der Krone nicht vorzuschreiben kann, welcher Rathgeber sie sich vor Fassung eines Entschlusses bedienen soll, kann er es auch nicht ein, daß die Wiederholung eines solchen öffentlichen Avergnisses selbst in Gestalt resultalofer Beliebtheiten nicht gestattet werden kann. Der Vertreter Österreichs offen erklärt, der Krone nicht vorzuschreiben kann, welcher Rathgeber sie sich vor Fassung eines Entschlusses bedienen soll, kann er es auch nicht ein, daß die Wiederholung eines solchen öffentlichen A

Politik, die ihn der Reihe nach mit jedem Land in Taktik anwenden, um ans Ruder zu gelangen. Auch erneuert und sohn der Betriebsumfang geändert werden die Disciplin im Unterhause schwer aufrecht zu erhalten sein. Schon während der letzten zwei Sessionen seien ja, so oft Lord Palmerston durch Unsen Transactionen schien er sich mehr bestimmen zu lassen durch die Heftigkeit seines persönlichen Gefühls und den Ungezüm eines eigenwilligen Charakters als von einer erhabenen Auffassung der öffentlichen Pflicht, oder auch nur von einer richtigen Schätzung des nationalen Interesses. Seine Anstrengungen für die Belebung des Königreiches der Niederlande, für die Einsetzung der Königin Isabella auf den Thron von Spanien, für Aufrechthaltung des abgelebten und barbarischen Osmanenreichs, so wie zur Demuthigung Russlands waren groß und erfolgreich; aber ihre Ergebnisse brachten England keinen greifbaren Vortheil, und nützten vielleicht auch den Ländern, denen er darmit zu dienen wünschte, nur wenig. Mit leidiger Inconsequenz fuhr er fort, die Lehre der Nichtintervention laut und prunkend zu verkündigen, während er sich in Wirklichkeit bei jedem Anlaß und Nichtanlaß nach allen Strichen der Windrose in fremde Händel einmischt. Diese unruhigen Einmengereien machten ihn im Auslande tief verhasst, und in England erregten sie Misstrauen und Besorgniß bei seinen eigenen Collegen. Der scandalöse Angriff auf Griechenland im Jahre 1850 trieb die Dinge beinahe auf die Spitze, und Königin Victoria drang in ihren damaligen Premier, sie von diesem Minister des Auswärtigen zu erlösen. Seine cynische Gleichgültigkeit gegen das Schicksal der Freiheit in Frankreich, und seine rasche Guttheizung des Staatsreichs, der den Louis Napoleon auf den Thron erhob, füllte endlich das Maß seines Missethuns, und Lord John Russell mit

der vollen Bestimmung seiner Souveränität entfernte den Lord Palmerston aus dem Cabinet. Nach jener Zeit spielte dieser zwar eine große Rolle, aber er lenkte nicht mehr Englands auswärtige Politik. Durch Geburt, Geschmak und Naturtum ein aristokratischer Minister, trieb er mit der Volkspartei und dem Liberalismus nur sein Spiel, um die öffentliche Meinung sich dientbar zu machen und sich am Ruder zu erhalten. Kein Mensch wußte besser, wann es klug war, mit dem Widerstand aufzuholen und mit der Nachgiebigkeit zu beginnen. Palmerston war nicht der Mann, der Amt oder Popularität einer hartnäckigen Überzeugung aufopferte, oder die Schlacht einer verlorenen Sache fortkämpfte. Er sorgte dafür, immer auf der gewinnenden Seite zu stehen, die "victrix causa" gefiel ihm wie den alten Göttern, und er segelte den Lebensstrom im Triumph hinab, weil er niemals unterließ mit Wind und Fluth zu steuern. Da wichtigen Dingen, worüber ein starkes Sichaus sprechen der öffentlichen Meinung zu erwarten war, sorgte Palmerston auf der rechten Seite zu stehen; aber in kleineren Detailsachen, die nicht leicht vor die Augen des Publicums kamen, hat es niemals einen unerproblosen Minister gegeben. Sein Tact war so fein, daß er bei vielen Sünden einem Tadel entging, den er weit mehr verdient hatte, als irgendeiner seiner Vorgänger. Ohne Zweifel verdankte er dabei viel seiner irischen Mundfertigkeit zu rätseln Antworten und seinen gewandten jovialen Manieren. Aber es ist doch das erste Mal in der Geschichte, daß diese geselligen Eigenarten einem Staatsmann als der Grundpfeiler seiner Regierung durch viele Jahre dienten. Gewissermaßen war ihm Federmann gewogen, und so bedauert ihn jetzt auch alle Welt; aber ich zweifle, ob irgend einer von seinen feurigsten Bewunderern mit eigentlicher "Hochachtung" von seinem Charakter sprechen kann. In der That, der auffallende Erfolg seines politischen Lebens stellt ein entzückendes Beispiel auf, denn er zeigt wie nur altzusehr Macht und Glück verträglich sind mit einem gründlichen Mangel an ernster Überzeugung und hohem Princip.

Wenn die Geschichte Menschen nach dem abwägt, was sie wirklich waren, nicht bloß nach dem Gelungen ihres Thuns, so zweifle ich, daß sie den Viscount Palmerston in die Reihe ihrer großen Männer stellen wird.

Die Frage über die Lebensfähigkeit des künftigen Ministeriums wird jetzt in der englischen Presse abweichen, was sie wirklich waren, nicht bloß nach dem Gelungen ihres Thuns, so zweifle ich, daß sie den Viscount Palmerston in die Reihe ihrer großen Männer stellen wird.

Nach einem Telegramm der "A. A. B." aus Florenz hat Herr von Merode Rom bereits verlassen und ist nach Belgien abgereist.

Ein Pariser Correspondent der "N. P. Z." bringt die Eventualität der freiwilligen Entfernung des neapolitanischen Hofes aus Rom in Verbindung mit der Krisis, welche die Entlassung des Msgr. Merode zur Folge hatte.

Nach der "Patrie" erhöht die päpstliche Regierung ihren Armeestand von 8000 auf 12.000 Mann.

In Bezug auf die Stellung der Union zur mexikanischen Frage ist stets von den Anforderungen der Monroe-Doctrin die Rede, welche dem Cabinet die Verhaltungsregeln vorschreibt. Wir möchten ein für allemal darauf hinweisen, daß die Monroe-Doctrin keinen "casus belli" aus europäischer bez. monarchischer Beeinflussung amerikanischer Staatenbildung macht, sondern nur erklärt, "daß solche Aktionen von den Vereinigten Staaten als nicht befürdet freudlich angesehen würden."

Der Pariser "Times"-Correspondent meldet: Der amerikanische Consul in Alexandria berichtete seiner Regierung, Kaiser Napoleon beabsichtige abermals Truppenendungen nach Mexico. Staatssekretär Ward remonstrirte darauf höflich aber bestimmt und Herr Drouyn de Lhuys erwiderte, Anwerbung in beiden und die Partei, nicht ohne Freudigkeit, sich auf einige Zeit auf die Oppositionsbänke zu geben. Die Zeit für ein Gladstone'sches Cabinet gehört in die spätere Zukunft. Wenn der gegenwärtige Schatzkanzler als Führer im Hause der Gemeinen gelebt hat, diese äußerst schwierige Versammlung zu regieren — wenn er über die künftigen Fragen des Tages sich ausgeprägte und heilsame Ansichten erworben hat, dann kann er, stark, ungefesselt und von vielen neuen Collegen umgeben, auf den Premierposten treten, in der festen Hoffnung, große Dienste leisten und den stolzen Ehrgeiz eines Staatsmannes befriedigen zu können.

Die "Wiener Zeitg." vom 24. d. veröffentlicht in ihrem amtlichen Theile die vom 18. d. datirten Gesetze im Betreff des künftigen Besteuerungsmodus für die Brautwein- und Zuckerfabrication. Das Gesetz über die Brautweinbesteuerung tritt mit dem 1. Februar 1866 in Kraft und verordnet die imperative Pauschalirung der Brautweinsteuer. Bei größeren Brautweinbrennereien, d. i. solchen, welche einen Maischraum von mindestens 30 niederösterreichischen Eimern besitzen, geschieht die Pauschalirung für die Dauer der jährlichen Brennperiode; von Brennereien, die das ganze Jahr hindurch ununterbrochen im Betriebe sind, kann die Abfindung alle sechs Monate verweist die "M. Fr. Pr." auf das Studium der

Landtagsadressen von 1861 und fügt hinzu, man erhebe aus denselben, daß der ungarische Landtag die Staatschuldenfrage nicht nach strengem Recht und Gesetz, sondern auf Grundlage der Billigkeit und Solidarität der Interessen zu lösen bereit sei.

Die "Gazeta narodowa" schreibt: "Wir nehmen es den Czechen nicht übel, daß sie ihre Programme aufstellen, obgleich wir bei der jetzigen Lage der Dinge jene Programme für unausführbar halten. Die Czechen mögen sich daher nicht ärgern, wenn die Polen ihren eigenen Weg gehen wollen. Als die Czechen ihr Programm schufen, hatten sie sich nicht vorerst mit den Polen berathen. Woher also die sonderbare Prävention, daß die Polen dieses Programm pure et simple annehmen sollen? Wir glauben es gerne, daß das czechische Programm der Politik der Czechen förderlich wäre, doch die Frage, ob es auch den Polen nützlich wäre, mögen die Czechen nur den Polen zur Entscheidung überlassen und nicht aufbrausen, wenn das Resultat nicht ganz nach ihrem Sinne ausschlägt. Wenn die Polen weiter mit den deutschen Autonomisten und Föderalisten, noch mit den Magyaren, noch mit den slavischen Föderalisten brechen, sondern allen gegenüber ihrem unabhängigen Standpunkt bewahren, und durch gegenseitige Zugeständnisse auf der Basis der Freiheit die Verständigung mit Allen anstreben, so mögen dies die Czechen immerhin Programmlosigkeit nennen. Es ist keine große Kunst, kühne Programme zu schreiben, aber zu beurtheilen, was möglich ist, das ist etwas schwieriger. Die Czechen werden sich davon bald überzeugen und das traurigste ist immer die Enttäuschung. In der Politik aber ist es das allerfatalste, wenn man sich zulegt sagen muß: „In magnis voluisse sat est.“"

In Folge der bekannten Neuordnung des "Gas" über die Wiener "Slovanska Beseda" hat, wie ein Wiener Corr. der "Bohemia" meldet, Fürst Gzatorvsky seinen Austritt aus diesem Verein angekündigt; mehrere polnische Mitglieder gedenken diesem Beispiel zu folgen.

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 25. October. Se. Majestät der Kaiser hat sich vorgestern Abends in Begleitung mehrerer Adjutanten vom Meidlinger Bahnhof mit dem gewöhnlichen Postzug zu einer Jagd nach Reichenau begeben. Se. Majestät kehrt Donnerstag früh zurück.

Das neueste Telegramm aus Ploschkowitz meldet eine erfreuliche Besserung der Krankheit Sr. Majestät des Kaisers Ferdinand und ist jede Gefahr als besiegt zu betrachten.

In der Hofburg-Capelle wird Samstag Vormittag 10 Uhr die Tochter Sr. F. Hoh. des Herrn Erzherzogs Albrecht, Erzherzogin Mathilde, mit ihren vollen Namen Maria Adelgunde Alexandra Mathilde geb. 25. Jänner 1849, von dem Cardinal Fürstbischof v. Rauch das Sacrament der Firmung empfangen. Ihre Majestäten der Kaiser und die Kaiserin und der ganze Hof werden bei der Feier anwesend sein. Pathin des erlauchten Firmlings wird die Großherzogin von Modena sein.

Der Bischof Strohmayer ist gestern hier eingetroffen.

Man hatte bisher wiederholt behauptet, daß Graf Johann Larisch ganz als homo novus, ohne früher im Staatsdienst gewesen zu sein, das Finanzministerium übernommen habe. Diese Behauptung ist unrichtig; Gf. Larisch hat im Gegenthell mehrere Jahre im Staatsdienst zugetragen. Nachdem er nämlich 1842 seine Studien vollendet, trat er bei der oberösterreichischen Regierung als überzähliger Kreis-Commissär ein. Unter Grafen Cherinski diente er dort und später in Salzburg durch volle 8 Jahre und lernte in dieser Weise den Staatsdienst praktisch kennen. Der Vater des Grafen, der selbst verschiedene Staatsämter bekleidete, ehe er die Leitung seiner Güter übernahm, betrachtete dies als eine tüchtige Vorschule und erst nachdem der gegenwärtige Finanzminister diese Schule durchgemacht, übergab ihm sein Vater, der bekanntlich zu den hervorragendsten Dekonomen der Monarchie gehählt wird, die Verwaltung einiger Güter. Nach dem 1859 in Florenz erfolgten Tode des alten Grafen ging Graf Johann auf einige Jahre nach England, und erst als er an Erfahrungen bereichert von dort zurückkam, widmete er sich ganz der Verwaltung seines großen Besitzes. Ins politische Leben trat der Graf im Jahre 1861, wo er vom Kaiser zum Landmarschall von Schlesien ernannt wurde.

Aus Piemont ist eine Einladung an die Commune Wien gelangt um einen Beitrag zur Errichtung des Raphael-Monuments in Urbino, der Vaterstadt des größten Malers aller Zeiten. Die Petition wurde mit dem Grundsatz motivirt, "daß große Männer ein Erbgut aller Nationen sind". Die Finanzsection hat sich jedoch gegen alle Beitragsteilung ausgesprochen.

Der gegenwärtig hier weilende Podesta von Benedig, Conte Bembo, erhielt Sonntag Nachmittags ein Telegramm aus Benedig, worin das dortige Municipium ihn anging, die Gnade Sr. Majestät des Kaisers für einen gewissen Boscolo anzuflehen, welchen vom obersten Gerichtsgericht zum Tode verurtheilt, Montag früh hingerichtet werden sollte. Conte Bembo begab sich sofort nach Schönbrunn, ließ in die Hände Sr. Majestät ein kurzgefaßtes Gnadengebet gelangen, in welchem er mit rührenden Worten das Unglück der fünf unmündigen Kinder schilderte, wenn ihnen der Vater durch den Tod entzogen würde, und war hoch erfreut, vom Kaiser die Zusage zu enthalten, daß der Verurtheilte, wenn möglich, begnadigt werden soll. Gestern, Montag, zeigte der Justizminister von Koners dem Conte Bembo durch ein Billet an, daß seine Bitte erfüllt worden und das kaiserliche Begnadigungstelegramm noch zeitlich genug in Benedig angelangt ist, um den Unglüdlichen vom Tode zu retten.

Mit Generalsbefehl vom 23. d. M. wurde verlautbart, daß laut einer an die hohe General-Adjutantur Sr. Ma-

re. Pr. über die Staatschulden veranlaßt, Auflösung über die Absichten der Partei Deal zu geben, welche die Opposition compacter und stärker werden. Sie hungere nach Amt und Würden und werde jede

"Pesti Napo", durch einen Artikel der "Neuen Fr. Pr." über die Staatschulden veranlaßt, Auflösung über die Absichten der Partei Deal zu geben, welche die Partei sind, kann die Absindung alle sechs Monate verweist die "M. Fr. Pr." auf das Studium der

fest des Kaisers gelangten Eröffnung des k. k. Ministerrums des Aeußern Se. Majestät der König von Württemberg den in der k. k. Armee dienenden Herzögen von Württemberg den Titel "königliche Hoheit" verliehen habe, daher von nun an dem General des Cavallerie-Herzog Alexander, dem Generalmajor Herzog Wilhelm, dem Obersten Herzog Philipp und dem Oberstleutnant Herzog Nicolaus von Württemberg der Titel "königliche Hoheit" gebührt.

In den heute verhandelten Preßprozeß der "Debatte" wurde der Redacteur Ignaz Schnitzer des Vergehens nach §. 305 des Strafgesetzes schuldig erkannt und deshalb zu einer vierzehntägigen Arreststrafe, 60 fl. Cautionsverlust und zum Kostenersatz verurtheilt. Zugleich wird das Verbot der weiteren Verbreitung ausgesprochen. Von dem Vergehen des §. 300 wird der Angeklagte losgesprochen und schuldlos erklärt.

Aus Prag, 24. d. M., wird gemeldet: In der Gemeinde-Ausschusssitzung zu Smichow beschuldigten die czechischen Gemeinderäthe bei Beginn der Sitzung den Bürgermeister-Stellvertreter Corda wegen Nichtanordnung einer Belohnung zur Feier des 20. October, Ueberschreitung seiner Machtvollkommenheit und Denunciation an die Behörden. Grosser Lärm und Scandal; der Präsident erklärt die Sitzung für geschlossen.

Die Agramer Blätter vom 24. d. bestätigen die Entfernung Mazuranic' und schreiben dieselbe dem Einfluß der ungarischen Staatsmänner zu. Die Ernennung Bidaric' zum Leiter der croatischen Hofkanzlei wird als positiv bezeichnet. (Das "Fremdb." nennt eben so positiv den Grafen Peter Pejacsevich.)

Deutschland.
Die kurhessischen Stände wurden am 24. d. unter Sicherung des landesherrlichen Wohlwollens auf unbestimmte Zeit vertagt.

Frankreich.

Paris, 24. October. Der Kaiser hat einen Adjutanten mit einem Condolenzschreiben an die Witwe Palmerston's gesendet. Die Kaiserin war bei ihrem Besuch in den Spitäler von Fräulein Bouvet begleitet. Msgr. Chigi hatte Donnerstag eine lange Conferenz mit dem Kaiser.

In Paris ist das Gerücht verbreitet, der Minister des Innern habe der Nordbahngesellschaft verboten, den französischen Studenten, welche sich zum Lützower Kongreß begeben wollen, Fahrscheine zu billigeren Preisen zu verabfolgen; zugleich soll der Unterrichtsminister den Studenten, welche dorthin gehen wollen, mit akademischen Strafen gedroht haben.

Schweiz.

Das Amtsblatt des Kantons Uri veröffentlicht ein Criminalurtheil vom 30. v., womit der Typograph S. Ryicker aus dem Aargau, gegenwärtig in Altendorf condoniert, wegen Verbreitung einer gotteslästerlichen und die katholische Kirche beschimpfenden Brochüre "zu 20 Rutenstrichen durch den Scharfrichter, 8 tägige Gefangenschaft mit abwechselnd schmaler Kost, lebenslänglicher Kantonsverbotung und Ehrenentfernung" verurtheilt wird. Der Bund macht die ganze Schweizer Presse auf dieses Urtheil aufmerksam und hofft, daß die Appellinstanz den Canton Uri vor der traurigen Berühmtheit wahren werde, ein derartiges Urtheil in unserm Jahrhundert zu vollziehen. Die fragliche Brochüre enthalte wohl manche bunte und verwirrte Behauptung, aber das Extremste, was hr. Ryicker behauptet, sei schon oft in Büchern und öffentlichen Blättern zu lesen gewesen.

Belgien.

Das officielle Brüsseler "Echo du parlement" dementirt entschieden die durch verschiedene Journale verbreiteten Gerüchte von der Organisirung eines aus Belgien bestehenden Cavallerie-Corps für Mexico.

Auf den 23. d. schreibt man aus Brüssel, ist eine geheime Berathung der höchsten Häupter der klericalen Partei über eine Anzahl brennender Fragen angezeigt. Man wird sich über den Peterspfennig, die Armenbegräbnisse, katholische Arbeitervereine und Vergnügungs-Gesellschaften, über den nächsten katholischen Kongreß (der im August 1866 in Mecheln tagen soll) und vor Allem über die Organisation des bereits hier und da zum Ausbruch gekommenen Widerstandes gegen die Ausführung des Stipendiengesetzes besprechen.

Großbritannien.

Aus Dublin meldet der Telegraph: Von den hier angeklagten Feniern ist jetzt der letzte, George Hooper, vom Polizeigericht den Affisen zugewiesen worden. Angeklagt, mit dem Blatte Irish People zur Durchführung hochvorrätherischer Absichten in Verbindung gestanden und zu gleichen Zwecken Geld aus Amerika empfangen zu haben, leugnete er beides, ja sogar, daß er zu den Feniern gehörte. Die vorliegenden Zeugenbeweise sprachen jedoch zu laut; mit ihm wurden noch zwei Andere, ein O'Connell und ein O'Callaghan, den Geschworenen überwiesen. Sie sollen Mitglieder geworden und einer exercirt haben.

Königreich der Niederlande.

Auf dem in den letzten Wochen abgehaltenen achten Kongreß für niederländische Sprache und Literatur in Rotterdam war die flamändische Literatur stark vertreten. Es wurde die Gründung einer allgemeinen niederländischen Akademie in Vorschlag gebracht, über die Wortneuerungssucht in der niederländischen Sprache debattirt; ferner rühmte man die Bemühungen der belgischen Regierung um Hebung des flamändischen Theaters und forderte das holländische Gouvernement auf, diesem Beispiel zu folgen.

Italien.

Die "Unita Cattolica" heißt ein an die Diözesanbischöfe der Provinz Terra di Lavoro gerichtetes Telegramm des piemontesischen Justizmaisters mit, in welchem sie "aus Gründen der öffentlichen Ruhe" angewiesen werden, ihre kirchlichen Angelegenheiten halber stattfindenden Reisen bis nach Vollziehung der Parlamentswahlen zu verschieben.

Niederschlesien.

In Livland besteht seit einiger Zeit eine jungenlettische Partei, die darauf hinarbeitet, die Letten mit Umgebung der deutschen Cultur in die slavische Volksfamilie hinüberzuschmelzen. Seit aber einer ihrer Hauptführer, Namens Woldemar, mit seinen Auswanderungsumtrieben 1000 wirklich nach Russland übergefledete Letten zu Bettlern gemacht, ist sie um allen Credit gekommen und ihr Organ, die Petersburger lettische Zeitung (Petersburgas avisus) hat eingehen müssen.

Türkei.

Der Sultan hat den bisherigen Generalstatthalter von Syrien, Mehemed Rujdi Pascha, zum Minister der geistlichen Stiftungen (Vakuf) ernannt. Derselbe gilt als ein entschiedener Anhänger des Großvezir.

a Der Vorsitzende des Vorwahnen-Comités in Lemberg wird, der "Gaz. nar." zufolge, in den am 25. d. stattfindenden Sitzung den Candidaten oder Wählern, die das Wort nehmen wollen, ferner die Frage stellen: welche Angelegenheiten sollen der Landesgesetzgebung, und welche der Staatsgesetzgebung gegeben werden, auf daß die Landes-Autonomie eine hinlängliche Basis hätte und die Einheit und Macht des Staates gewahrt würde?

a Aus Radyno wird der "Gaz. nar." geschrieben: Der gestrige Tag (22. d.) war ein Unglücksstag. In Ostrow brach Mittags aus unbekannter Ursache Feuer aus, wobei der zweite reichste Landkreis eingeschert wurde. Die Ostrower Landkreise waren gerade in der Kirche in Radyno, als das Feuer ausbrach und die Feuerwehr entzündete, daß es in Ostrow brenne. Auf das erste Alarmzeichen eilte die Feuerwehr mit ihren Apparaten zur Brandstätte. Einige aus der Kirche tretende Personen waren die Sonntagskleider von sich, um zu retten. Gleichzeitig mit dem Feuer kam an den Ort der Herr Bezirksoberhaupt und mit ihm alle Beamten. Auch die Einwohner des Hofs sammelten herbei; durch diese eindrückliche Hilfe wurde dem Feuer bald Einhalt gethan. Das schöne Beispiel, das die Feuerwehr mit ihren Apparaten zur Brandstätte zu bringen, zwei Kinder, 3 und 5 Jahre alt, sind in einer Hütte verbrannt.

a Am 20. d. verschied in Warszawowice bei Lemberg der Generalherr Joachim Waszlawski im 71. Lebensjahr. Er war seiner Zeit einer der besten Lemberger Maler und vorzüglicher Porträtmaler. Die Söhne des Verstorbenen haben ebenfalls eine künstlerische Ader. Einer von ihnen, ein talentierter Bildhauer, starb frühzeitig; ein weiter ist ein guter Maler; der dritte, Professor in Dublanischen Institut, zeichnet sich längst als Dilettant durch die Ausführung einer Gipsbüste des verstorbenen Johann Nowakowski aus.

Vocal- und Provinzial-Nachrichten.

Kračau, den 26. October.

* Gestern die erste Novität, leider keine Marität, ein Werk Hoffner's, das in einen Topf mit den "Flotten Burschen" gehört, ein von A. Müller größtenteils aufprehend aber mit zu langen Einlagen in Musik gesetztes Kompon. "Die Studenten von Kammerstadt" deren gute Einstudierung und hübsche Interieur allein eine Neprise ertraglich machen würden. Ein in fortwährenden Salbadereien sich ergebender Studenten "Erbsprinz," ein "Ammann," an dem ein Franz Moor verdorben, ein wie der Erbsprinz verkappter Student, der die Rolle des Schusters im "vermuntigen Prinzen" aber mit nüchternen Wagen spielt, tragen mit einer Menge Nebenkosten die Kosten. Gefällig sind besonders das Ad-Duet und der Auctions-Chor. Dir. Blum, Tel. Fischer, die Hö. Wölker, Gutmann und Ernst, die sämmlischen Danzen der Galles des Theaters als singende und schwülste Studenten führen im Einzelstück und Chorgesang ihre Parades entsprechend aus. Dem "Dreyfus," der am Montag mit den Fr. Renné, Geringer und Herrn Ernst als Jupiter neu ausgestellt in Scène gegangen, wird morgen die andere Operette Offenbach's, "Fortunio's Liebestest," folgen. Das Haus war gestern leer, am Montag gut besetzt, besser als bisher; wenn, wie zu erwarten, der morgige Abend dem Montag gleichen wird, so möge darin die Direction den Fingerzeig sehen, wo sie ihre Hebel und Hobel anzusetzen hat. Denum bei Seiten mit Mannschaft über Bord, die das Publikum kostet läuft.

* Am gestrigen Tage fand durch den Überwachungs-Ausschuss des Kračauer Beamten, Spar- und Spielvereins (P. T. Hö. f. f. Oberamts-Contr. Becher, f. f. Finanz-Secretär Gossa, f. f. Steuer-Einnehmer Heller, f. f. Rechnungs-Oficer) eine Scontroffing der Vereinscafé statt, wobei der Haushalt mit den Journalen und Vormerken übereinstimmend befunden wurde. Die I. Vereinsabteilung, welche in der Zeit vom November 1862 bis Ende Juni 1863 sich gebilligt hat, beziffert in Effekten: 76 Stück 5% Rose des Anlehens vom Jahre 1860 à 100 fl. ö. W., worunter ein Los mit der Serie 18064 am 1. August d. J. gegangen, 8 Stück Creditlos à 100 fl. und 22 Halbe Prämieneine à 50 fl. vom Jahre 1864 à 50 fl. Diese Abteilung zählt gegenwärtig 174 Teilnehmer mit 281 Anteilen. Auf jeden Anteil wurden 32 Gulden ö. W. berechnigt. — Die II. Vereinsabteilung, welche am 1. Juli d. J. ins Leben getreten ist, zählt gegenwärtig 428 Anteile (auf jedem Anteil wurden, einige unbedeutende Voranzählungen abgerechnet, für die Monate Juli, August, September und October 4 fl. ö. W. berichtig), und heißt folgendes Vermögen: 1 Creditlos à 100 fl. 5 Halbe Prämieneine à 50 fl. vom Jahre 1864 und 12 Stück 5% Rose vom Jahre 1860 à 100 fl.

* Die in der gestrigen Kračauer Zeitung gebrachte Nachricht, betreffs Rettung eines Knaben aus der Weichsel ist dahin zu berichtigten, daß der Retter nicht Herr Hauptmann Balasko von Württemberg-Infanterie, sondern Herr Hauptmann Friedrich Pracher von Hannover-Infanterie war. Daß ein solcher Pracht möglich gewesen, gibt nur einen neuen Beweis, wie sehr der edle Retter bemüht war, so wenig Aufhebens als möglich von seiner hochherzigen That zu machen. Für uns, die wir die Ehre haben, Herrn Hauptmann W. persönlich zu kennen, hatte die uns als ganz richtig bezeichnete Mittheilung durchaus nichts Unwahrscheinliches und dieser Ansicht werden Alle sein, welche den ehrenwerthen Charakter des in jeder Beziehung ausgezeichneten Offiziers und die trefflichen Eigenschaften seines Herzens zu schätzen gelernt haben.

* Die hiesige Druckerei Vensdorff hat das mehrwähnige durch die Kračauer Gelehrten-Gesellschaft mit dem Siemersch'schen Preis gekrönte Werk des f. f. Mogilaer's Bezirkadjuncten Henr. Louis "Prawo spadkowe etc." (das Erbrecht) der hiesigen Buchhandlung D. G. Friedlein in Commission gegeben. Der Preis von 14 fl. ö. W. für ein Exemplar ist für Beamten, Avocaten, Professoren und Studenten der Jurisprudenz auf 1 fl. herabgesetzt und die für solche bestimmten Exemplare von mir ab beim Autor und in der Lemberger Agentur des "Ezaz" in Lemberg zu haben. Neuwertige Bestellungen werden durch die Post effectuirt.

* In der hiesigen Buchhandlung J. Wildt ist ein Album vorrätig, welches elegant gebunden unter dem Titel: "Wizerunki królów polskich" die Porträts sämmlicher polnischer Könige in farbigen Photographien enthält. Dieselbe Buchhandlung hat neuerdings Musikstücke der auch in Warschau aufgeführten Operette "Dziecięcia cór na wydaniu" (Zehn Märchen und kein Mann) erhalten.

* In der Nacht vom 8. auf den 9. d. sind sämmliche Wohn- und Wirthschaftsgebäude des Landmannes Johann Stoyak in Dobroko ein Raub der Flammen geworden. Der Schaden ist vorläufig auf 950 fl. geschätzt.

a Hochw. Podlasiecki, griechischer Pfarrer in Krzeszowice,

in Krakau ein Domherr, hat in Przemysl ein Dampfschiff erbaut.

a Im Lemberger f. f. Landesgerichte fand am 17., 18. und

19. d. die Schlüssehandlung im Prozeß des Landmannes Stelmach aus Dalnice, (Bezirk Großmös) statt, der angeklagt ist, am

4. April um 10 Uhr Abends die Wirthschaftsgebäude des Herrn Papara in Brand gestellt zu haben. Der Schaden beläuft sich auf über 2600 fl. ö. W. Stelmach hatte sich vorher mit Herrn Papara vereinbart und nach verlorenem Prozeß öfter mit Nachde

gedroht. Alle näheren Umstände, Bezeugnissen, sogar seiner eigenen Familie, der er auch blutige Nachte geschworen, wenn sie ihn anzeigen würde, beweisen seine Schuld. Es war bereits fest

mit Kerker gestraft und ist als rachsüchtig bekannt. Das Ge

richt hat ihn zu 18 Jahren schweren Kerker verurtheilt; der An-

trag der f. f. Staatsanwaltschaft lautete auf Lebenszeit. Der

Berurtheilte legte die Berufung ein.

a Das "Hasko" vervollständigt seine Mittheilung über den be-

gangenen Raub beim Herrn Andreas Usieński damit, daß ihm

1.113 Stück Dukaten in Gold, 200 fl. in Banknoten, 29 Actionen

der Carl Ludwig's-Bahn à 200 fl. ö. W. und eine silberne Uhr

entwendet wurden. Der Gesammtverlust beträgt 11.787 fl. ö. W.

a Der Vorsitzende des Vorwahnen-Comités in Lemberg nimmt, selbst dem Stande der Ulemas (Gelehrten)

angehörig, auf die muslimischen Gesetzausle-

gungen einen bedeutenden Einfluß. Seine Ernennung

dürfte mit dem von Fuad Pascha ernstlich in die

Sitzung den Bürgermeister-Stellvertreter Corda we-

genommen werden. Der Gesammtverlust beträgt 11.787 fl. ö. W.

a Der Vorsitzende des Vorwahnen-Comités in Lemberg nimmt, selbst dem Stande der Ulemas (Gelehrten)

angehörig, auf die muslimischen Gesetzausle-

gungen einen bedeutenden Einfluß. Seine Ernennung

dürfte mit dem von Fuad Pascha ernstlich in die

Sitzung den Bürgermeister-Stellvertreter Corda we-

genommen werden. Der Gesammtverlust beträgt 11.787 fl. ö. W.

a Der Vorsitzende des Vorwahnen-Comités in Lemberg nimmt, selbst dem Stande der Ulemas (Gelehrten)

angehörig, auf die muslimischen Gesetzausle-

gungen einen bedeutenden Einfluß. Seine Ernennung

dürfte mit dem von Fuad Pascha ernstlich in die

Sitzung den Bürgermeister-Stellvertreter Corda we-

genommen werden. Der Gesammtverlust beträgt 11.787 fl. ö. W.

a Der Vorsitzende des Vorwahnen-Comités in Lemberg nimmt, selbst dem Stande der Ulemas (Gelehrten)

angehörig, auf die muslimischen Gesetzausle-

gungen einen bedeutenden Einfluß. Seine Ernennung

dürfte mit dem von Fuad Pascha ernstlich in die

Sitzung den Bürgermeister-Stellvertreter Corda we-

genommen werden. Der Gesammtverlust beträgt 11.787 fl. ö. W.

a Der Vorsitzende des Vorwahnen-Comités in Lemberg nimmt, selbst dem Stande der Ulemas (Gelehrten)

angehörig, auf die muslimischen Gesetzausle-

gungen einen bedeutenden Einfluß. Seine Ernennung

dürfte mit dem von Fuad Pascha ernstlich in die

Sitzung den Bürgermeister-Stellvertreter Corda we-

genommen werden. Der Gesammtverlust beträgt 11.787 fl. ö. W.

a Der Vorsitzende des Vorwahnen-Comités in Lemberg nimmt, selbst dem Stande der Ulemas (Gelehrten)

angehörig, auf die muslimischen Gesetzausle-

gungen einen bedeutenden Einfluß. Seine Ernennung

dürfte mit dem von Fuad Pascha ernstlich in die

Sitzung den Bürgermeister-Stellvertreter Corda we-

genommen werden. Der Gesammtverlust beträgt 11.787 fl. ö. W.

a Der Vorsitzende des Vorwahnen-Comités in Lemberg nimmt, selbst dem Stande der Ulemas (Gelehrten)

angehörig, auf die muslimischen Gesetzausle-

